

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1865**

8.6.1865 (No. 134)

# Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 8. Juni.

N. 134.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1865.

## Telegramm.

London, 7. Juni. Die „Londoner Btg.“ enthält ein Schreiben Carl J. Russell's an die Admiralität folgenden Inhalts: „Nachdem der amerikanische Krieg thatsächlich zu Ende ist, müssen die südstaatlichen Kriegsschiffe die britischen Häfen meiden, oder sofort verlassen, oder binnen einem Monat desarmirt werden.“

## Deutschland.

München, 4. Juni. (Bayr. Bl.) Der Reichsrath Fürst von Thurn und Taxis, General der Kavallerie, hat gegen den Kolb'schen Antrag auf Verbesserung der Wehrverfassung „Bedenken“ drucken lassen, worin er jenen Antrag ausführlich zu widerlegen sucht. Gegenüber dem Saß Kolb's, daß Bayern 16- bis 18,000 Mann zum Bundeskontingent zu viel stelle, behauptet er, daß Bayern im Grund ein um 4000 Mann zu geringes Bundeskontingent stelle. — Gestern fand in Harlaßing bei München das Doppelfest der Enthüllung des Claude-Lorrain-Denkmal und der Frühlingsfeier im Wäldchen bei der Menterschwaige statt. Die Künstler Münchens hatten ein großartiges Volksfest geschaffen, bei welchem etwa 8000 Teilnehmer sich eingefunden haben mögen. König Ludwig I., der Stifter jenes Denkmals, nahm an dem Fest Theil, bei welchem die Phantastie und der Humor der Künstler sich glänzend bewährten.

München, 5. Juni. Abg. F. u. Stei. und Genossen haben der Kammer der Abgeordneten einen die Ausgabe von 15 Mill. Papiergeld betreffenden Antrag eingereicht.

Kassel, 3. Juni. (Fr. Z.) Aus guter Quelle verlautet, daß das Ministerium die Genehmigung des Verkopplungs-gesetzes durch den Kurfürsten zur Kabinettsfrage gemacht hat.

Gotha, 2. Juni. (N.-Btg.) In der heutigen Sitzung des gotthaischen Sonderlandtags wurde von einem Abgeordneten an die Staatsregierung die Frage gestellt, ob sie Kenntniß davon erlangt habe, daß der Koburg-gothaische Konsul Hinrichs in Brooklyn in dem Verdacht des Verraths gestanden, seine Haftnahme aber durch seine konsularische Stellung abgewendet habe. Ferner, ob die Staatsregierung, wenn sie diese Kenntniß erlangt habe, gesonnen sei, den zc. Hinrichs seiner Funktion zu entheben. Der Staatsminister v. Seebach erwiderte alsbald, daß er eine anonyme Nachricht darüber erhalten, und obwohl er sonst anonyme Zuschriften unberücksichtigt lasse, doch bei der Lage der Sache Schritte gethan habe, um sich Gewißheit zu verschaffen. Erhalte er diese, so werde die Regierung sich allerdings verpflichtet erachten müssen, den Hinrichs seiner Funktionen als Konsul zu entheben.

Bremen, 1. Juni. Die Bürgererschaft, wird der „Elberf. Btg.“ geschrieben, hat gestern eine außerordentliche progressive Einkommensteuer angenommen; bis 1500 Thlr. 1 Proz., 1500 bis 4000 Thlr. 1 1/2 Proz., über 4000 Thlr. 2 Proz., die höhere Quote von höherem Einkommen. Ferner wurde eine Anleihe für die schwebende Schuld bewilligt, und endlich beschlossen, eine Deputation zur Verabreichung über die Erleichterung des Bürgerrechts-Erwerbs niederzusetzen. Die Deputation soll zugleich in Erwägung ziehen, ob und wie weit die Gewerbefreiheit auf alle Berufszweige (Arzte, Advokaten u. s. w.) ausgedehnt sei.

## Kg. In Texas.

(Fortsetzung aus Nr. 131.)

Eben in dem schon erwähnten Generalhause wollte eines Tags der schwarzgesichtige, weißbläuliche, weißbandtschulige Samba den Hausherrn und seine Gäste in den Esaal rufen, als ein anderer ebensohöflicher Diener nach der Küche fortging, um noch etwas Vergessenes zu holen, und dabei in seiner Hast die Thür offen stehen ließ. Des Generals Familie und ihre Gäste betraten vorn vom Haus aus den Speiseraum, gefolgt natürlich von einem erwartungsvollen Rudel scharfmaiger Bierfüßler; die waren aber nicht so spürsam gewesen wie ihre siegreichen Gefährten, welche bereits die Befahrung im Hintergrund erklimmt hatten und sie plünderten. Welch ein Anblick für hungrige Waidmänner. Aus riß Scamp (Spitzhube) bei dem Erscheinen seines Herrn, in Einem geraden Schuß zwischen dessen Beinen durch, mit einem gebratenen Truthahn im Munde; Springer und Scuff (Rauscher) hatten einen abgekochten Desgleichen auf dem Boden und wiesen einander die Zähne über den seifen Fleischbergen, die sie aus seiner Brust gerissen hatten; Jash, Bouncer und Biggs (Witz, Störcher und Dicker), mit den Vorderfüßen und Leibern halb über dem Tisch, nagten an Hauptbraten des Schmauses, und Wespchen lief auf der Tafel von einem Gericht zum andern; die Nase triefend von Fettbrühe. Als, Grawler, Diver, Major, Fearum, Tinty und Graceful (Lille, Krabbeler, Lancher, Reihzu, Witzig) waren insgesamt zum Angriff bereit, als einen Augenblick zu spät aber auf dem Schlachtfeld angelangt — ersehen sie ihre Gebieter, und nahmen den Anstand der demüthigsten Unschuld an, wobei sie nach Kräften auszuweichen sich bemühten, als ob sie rein aus Rücksichten des sittlichen Gefühls sich enthalten hätten und nun den Lohn für ihre Augenblosigkeit ansprächen. Zu dem Behuf wedelten sie alle mit den Schwänzen, ja dergestalt mit den Leibern, daß sie sich fast entzweiwedelten. Die Gäste aber waren alle an dergleichen kleine Vorfälle gewöhnt, und da's ge-

Altona, 5. Juni. (Nat.-Btg.) Der alte Herzog von Augustenburg befindet sich, von seiner Reise nach Nord-schleswig zurückgekehrt, seit dem Schluß voriger Woche wieder in Altona. Sein ältester Sohn, Herzog Friedrich VIII. von Schleswig-Holstein, traf am Samstag von Kiel in Altona ein, und begab sich sofort nach Hamburg. — Nachdem zwischen den in Altona garnisonirenden Preußen und Oesterreichern wiederholt Reibungen stattgefunden, haben die Militärbehörden befohlen, daß gewisse Tanzlokale in Altona nur von den Preußen, andere nur von den Oesterreichern besucht werden dürfen; auch müssen die Preußen diejenigen Straßen, in denen die Oesterreicher einquartiert sind und umgekehrt möglichst meiden; den Hamburger Hanjaken ist der Besuch der Altonaer Tanzlokale gänzlich unterzagt.

Kiel, 2. Juni. 582 Bürger aus Fehoe erheben öffentlich Protest gegen die ihnen von der „Nordb. A. Btg.“ zugeschriebene preußenfreundliche Gesinnung, und fordern als erstes unveräußerliches Recht die Einsetzung des Herzogs Friedrich und das Grundgesetz von 1848.

Berlin, 4. Juni. Man schreibt der „Allg. Btg.“: Der Großherzog von Oldenburg, der auch gestern wieder mit Hrn. v. Bismarck konferirt hat, wird sich von hier nicht, wie hiesige Blätter behaupten, auf seine Besitzungen in Schlesien, sondern nach Wien begeben, um dort für seine vermeintlichen Ansprüche in der schleswig-holsteinischen Frage zu wirken. Hier am Hof soll sich der Großherzog einer sehr zu vorzuziehenden Aufnahme erfreut haben. Man versichert, daß man fest entschlossen sei, seine Kandidatur für den schleswig-holsteinischen Thron in den Vordergrund zu stellen. Der Großherzog soll zur Annahme der preussischen Forderungen mehr geneigt sein, als der Augustenburger. Endlich heißt es auch, daß Ruzland erklärt habe, seinen Verzicht zu Gunsten des Großherzogs von Oldenburg fest ausstellen zu wollen, falls dadurch die Hindernisse beseitigt werden könnten, die der Besteigung des schleswig-holsteinischen Thrones durch den Großherzog von Oldenburg entgegenstünden.

Berlin, 6. Juni. Die Landtags-Session scheint nunmehr mit schnellen Schritten ihrem Ende zu nahen. Am Mittwoch den 7. Juni tritt das Abgeordnetenhaus wieder zusammen, um seine noch rückständigen Arbeiten zu erledigen. Am Samstag 10. nimmt das Herrenhaus seine Beratungen wieder auf und wird bis zum Schluß der Session beisammen bleiben. Das Abgeordnetenhaus hat von den Budgetvorlagen noch die Etats des Finanzministeriums, sowie des Kriegs- und des Marineministeriums zur Erledigung zu bringen. Von wichtigeren andern Vorlagen sind noch die mit Belgien und England abgeschlossenen Handelsverträge, sowie der Kriegskosten-Nachweis und die Rechnungslegung über die letzten Finanzjahre der Plenarberatung und Beschlußnahme zu unterziehen. Ueber die Kriegskosten-Vorlage haben in der betreffenden Kommission erst allgemeine Erörterungen stattgefunden. Obwohl die Kommission schon zweimal mit den Vertretern der Regierung vereinigt war, so ist dieselbe doch bis jetzt noch im Vorstadium der Beratung stehen geblieben. Die Regierungskommissäre haben in der letzten Sitzung die von ihnen verlangten näheren Aufschlüsse zugesagt. Wie verlautet, soll nunmehr diese Angelegenheit rascher gefördert werden. Das Herrenhaus hat noch eine bedeutend größere Reihe von Gegenständen zu erledigen. Wahrscheinlich wer-

den die Landtags-Verhandlungen im Lauf der nächsten Woche zu Ende geführt werden, so daß spätestens am Samstag den 17. Juni der Schluß der Session erfolgen kann. In Bezug auf die Ergebnisse der jetzigen Sitzungsperiode besteht auf allen Seiten übereinstimmend die Meinung, daß dieselbe im Wesentlichen unfruchtbar geblieben sei, und daß bei der gestiegenen Schroffheit der Gegensätze von ihr irgend ein wirklicher Beitrag zur Ausgleichung des Konflikts zwischen Regierung und dem Abgeordnetenhaus nicht mehr zu erwarten stehe.

Se. Maj. der König ertheilte heute Mittag im Beisein des Ministerpräsidenten v. Bismarck dem neu ernannten königl. schwedischen Gesandten Baron v. Hochschild zur Ueberreichung seiner Beglaubigungsschreiben eine Audienz. — Dem Vernehmen nach findet heute in Babelsberg die Verlobung Ihrer königl. Hoh. der Prinzessin Alexandrine, Tochter des Prinzen Albrecht, mit Sr. Hoh. dem Herzog Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin statt.

Berlin, 6. Juni. (Köln. Btg.) Oesterreich soll in allen wesentlichen Momenten der letzten Verhandlungen den preussischen Vorschlägen zugestimmt haben. Wegen der Kompetenz der Provinzialstände scheint eine Meinungsverschiedenheit keineswegs zu erwarten, da der Vorschlag von vornherein dahin ging, daß die Stände über das Wahlgesetz gehört werden sollten. Nur wegen der von Preußen, wie es allgemein heißt, vertraulich angeregten Frage wegen der Bereidigung der Beamten in den Herzogthümern scheinen noch, so weit es sich um Oesterreichs Beteiligung dabei handelt, einige Schwierigkeiten in Aussicht zu stehen. Dies Alles abgesehen von dem preussischen Februarprogramm, bezüglich dessen Oesterreichs Widerstand unverändert bleibt. Die Beziehungen zwischen Berlin und Wien sollen im Uebrigen noch immer gespannt sein.

Zwischen Mitgliedern der liberalen Fraktionen war für die Marine-debatte folgende Resolution zur Sprache gekommen, die vielleicht noch bei Gelegenheit der Kriegskosten-Vorlage eingebracht wird:

Das Interesse Preußens und Deutschlands erfordert, daß die definitive Regelung der Verhältnisse Schleswig-Holsteins schleunigst herbeigeführt werde, daß jedoch vor einer staatlichen Konstitutionierung der Herzogthümer eine unelbstliche Verbindung zwischen denselben und Preußen gesichert werde, welche den Schutz der Nordgrenzen Deutschlands und die Entwicklung einer Aethion gebietenden Marine unter Mitwirkung der Herzogthümer in Preußens Hände lege und die zu diesem Zweck nöthigen territorialen, finanziellen und militärischen Bedingungen gewähre.

Der französische Botschafter Dr. Benedetti ist Samstag Abend über Paris nach Gaccio in Corsica gereist, wo er der Errichtung eines Denkmals auf dem Grabe seiner vor Jahressfrist ihm durch den Tod entziffenen jungen Tochter beiwohnen wird. Dr. Benedetti wird gegen den 20. Juni in Berlin zurückermart.

Wien, 4. Juni. Die „N. Freie Presse“ schreibt: „Man darf als sicher annehmen, daß der Finanzminister in der ersten Sitzung, welche das Abgeordnetenhaus nach den Pfingstferien halten wird, die Gesetzentwürfe einbringen wird, durch welche er die Ermächtigung erhält, vermittelst Kreditoperationen die Summe von 80 Millionen Gulden aufzubringen. Der Gesetzentwurf wird, unseren Nachrichten zufolge, eine spezielle Angabe der Methode, nach welcher die Operation vollzogen werden soll, nicht enthalten, wie dies

gen die gute Sittlichkeit verstoßen hätte, eines Nachbarn Hund einen Tritt zu geben, geschah's nur da, wo Einer zufällig über einen seiner eigenen sündigen Lieblinge stolperte, daß ein Schulbiger nicht straflos und mit Dem davon kam, was er für seine besondere Erquickung forttragen konnte. „Wir werden bald wieder was haben“, sagte der Wirth; die Gäste erklärten sich zum Warten gerne bereit, und die einzige aus der Fassung gebrachte Person im Haushalt war wohl Frau Candace, die farbige Köchin, welche so eben ihr Pfeischen hatte anstücken und sich auf der Thürschwelle zu ihrem Nachmittagskaffee hatte hinlegen wollen. „Texas“ bedeutet, wie schon bemerkt, „Vollauf“, und Vollauf ist immerdar: Vollauf in der Speisekammer, Vollauf im Schlachthaus, Vollauf im Milchbier, Vollauf im Hühnerhof. Ein paar Hühner wider den Kopf abzuscheiden und sie in siedendes Wasser zum geschwinderen Abbrühen der Federn zu werfen, ist das Werk zweier Minuten. Unterdessen hatte die ergrimmte Candace der unglücklichen Merkur, welcher die Speisekammer unbesetzt gelassen hatte, abgepaßt, mit beiden Händen seine kunstreich geordnete Wollhaube gepackt und ihm den Schädel wider die weißgerändete Wand einmal über's andere gestoßen, bis ihm der Sturztopf grau ward vom vergeblich abgewehrten Anpuffen und sein erschauerlicher Hembdragen so zerkrümpelt wie seine Würde. Während sie so mit Samba verfährt, erscheinen ihre schwarzen Nymphen wieder, beladen mit frischem Vorrath, an dessen Zerlegung die Küchengebieterin und die Josen stüßens sich machen. „Denn“, sagt die Namenslose der äthiopischen Königin, „der Wassa [Derr] und die andere Herrschaste könne auf 3 roße Speise heut' nit mehr rechnen; und Some jey' fast bald 'numter.“ In einer weiteren Halbsunde ist denn die Tafel wieder voll besetzt, und die Gäste setzen sich zu dem auf dem Kopf und in der Wärme gebratenen, gebadenen, und sonst zubereiteten Reulen und Stücken der Geschöpfe nieder, die noch längst auf den Steppenwiesen schweiften oder auf Candace's Thürschwelle gaderen.

Am andern Morgen beizeten ziehen dieselben Gäste hinaus, bewaff-

net mit Gewehr aller Art, eine wohlgeordnete Käsegesellschaft mit ihren zweihundert Hunden, ihrem Mundvorrath, Dienertroß und Lagergeräth. Das große Ziel ihres Jagdvergnügens von einem Tag oder einer Woche geht dahin, Rothwild ein' Stück zwanzig bis vierzig „Einzuthun“, Haren zu erlegen, Aufzang mit der Schlinge oder Panthier mit der Falle zu fangen. Unter den Blendlingen sind wohl manche, deren besondere Gaben und Eigenschaften sich dem kleineren Wild zuwenden; die Herren machen aus der Noth eine Tugend und lassen sich Alles gefallen; Alles gilt für „Jagdvergnügen — Sport.“ Jagd-Sport, Nacht-Sport, scharfer Sport, milder Sport; Hunde für jeder Art Sport, und Wild für Alle! (Schluß folgt.)

München. Man schreibt der „Allg. Btg.“: Authentischen Nachrichten zufolge ist Frau Schorre v. Carolsfeld von ihrer Unfähigkeit wieder hergestellt, demzufolge am künftigen Donnerstag den 8. Juni im königl. Hof- und Nationaltheater noch eine Generalprobe von Richard Wagner's „Tristan und Isolde“ stattfinden wird, welcher die erste Vorstellung am Samstag den 10. d. folgen soll.

Paris, 7. Juni. Von der Partitur Meyerbeer's „Africainerin“ wurde in wenigen Wochen die erste Auflage vollständig vergriffen. Das Theatre Lyrique, welchem man den Genuß der Werke Meyerbeer's (Oberon, Freischütz), Mozart's (Figaro's Hochzeit, Zauberflöte) u. s. w. verdankt, wird vor dem Saison-schluß noch Mendelssohn's hinterlassene kleine Oper „Heimkehr aus der Fremde“, aus dem Deutschen von J. Barbier übersetzt, geben. Auf derselben Bühne wurde vor etwa 3 Monaten — zum ersten Mal in Paris — die Oper eines holländischen Komposers: „Die Hetrach des Dom Lopez“ von C. v. Hartog aufgeführt. Diese hübsche Operette wurde letzten Sonntag bereits zum 14. Mal mit steigendem Beifall gegeben.

auch bisher nicht üblich war. Doch soll eine Phrase ganz im Allgemeinen darin den Finanzminister ermächtigen, bei der Kreditoperation die Staatsdomänen zu verwenden. Vertraulichen Mittheilungen des Finanzministers im Finanzausschuss dürfte es vorbehalten sein, einige nähere Daten über das projektirte Staatsgütergeschäft zu machen; denn es scheint, daß Hr. v. Plener darüber doch eine Meinungsäußerung des Finanzausschusses provoziren will, und nur deshalb vorgestern in der Unterhandlung mit dem Konfession eine Pause eintreten ließ."

**Wien, 5. Juni.** Der „Botschafter“ enthält folgende Mittheilung über die Anerkennung der schleswig-holsteinischen Flagge: Die letzten Staaten, welche mit der Anerkennung der schleswig-holsteinischen Flagge noch im Rückstand waren, Schweden und Portugal, haben nunmehr diese ausgesprochen. Beachtenswerth ist, daß die schwedische Regierung der schleswig-holsteinischen Flagge die Rechte der meistbegünstigten einräumt, während Portugal den Vorgang der Westmächte beobachtet, und die Anerkennung unter dem Vorbehalt, daß die Rechte des Bundes und des Herzogs gewahrt werden, auspricht.

**Wien, 5. Juni.** Gestern, am Pfingstsonntag, um 12 Uhr Mittags empfing Se. Maj. der Kaiser die ungarische Deputation, welche höchstselben zum Besuche von Pesth-Dien einlud. Die Deputation bestand aus zehn Herren; Graf Gyulay war der Sprecher derselben. Der Kaiser trug Husarenuniform und die Mitglieder der Deputation waren in ungarischer Tracht erschienen. Graf Gyulay sagte in seiner in ungarischer Sprache gehaltenen Rede ungefähr Folgendes: Die landwirthschaftl. Gesellschaft, indem sie an Se. Majestät die Bitte richtet, ihre Auszeichnung, die wohl an und für sich nicht durch ihre Bedeutung auf die Auszeichnung eines kaiserlichen Besuchs Anspruch machen dürfte, diese Auszeichnung dennoch zu Theil werden zu lassen, gebe dem ehrfurchtsvollen Wunsch der ungarischen Nation, die sich glücklich fühlen würde, Se. Majestät in ihrer Mitte zu begrüßen, Ausdruck. Der Kaiser erwiderte hierauf Folgendes:

Ich begrüße Sie herzlich in meinem Kreise und nehme Ihre Einladung, welche mir Gelegenheit gibt, mich von den Befreiungen zur Hebung der landwirthschaftl. und anderweitigen materiellen Interessen meines geliebten Ungarlandes persönlich zu überzeugen, mit Freude entgegen. Welchen Sie denen, welche Sie zu mir entsenden, meinen herzlichsten Gruß, die Versicherung meiner königlichen Zuneigung und Huld, und geben Sie ihnen meine Freude darüber zu wissen, daß ich die Hauptstadt des Landes nach so langer Zeit schon in den aller-nächsten Tagen besuchen und auch dadurch einen Beweis von jener steten väterlichen Zuneigung, von jenen aufrichtigen Absichten werde geben können, welche ich in Bezug auf die sämmtlichen Bewohner meines treuen Ungarlandes, deren Zufriedenheit mir so sehr am Herzen liegt, beifolgend begeh.

Nach Beendigung des offiziellen Empfangs unterhielt sich Se. Majestät längere Zeit auf das freundlichste mit allen einzelnen Mitgliedern der Deputation.

### Schweiz.

**Bern, 2. Juni.** (Sch. M.) Der Große Rath von Bern bestellte seinen Vorstand zum ersten Mal seit langer Zeit in Abweichung von der bisherigen Uebung. Präsident wurde zwar auch dieses Mal wieder Riggeler, erster Vizepräsident Karrer, Beide als Führer der herrschenden Partei bekannt. Dagegen fand der ehemalige Führer der Konservativen, Fürsprecher Bösch, als zweiter Vizepräsident mit kleiner Mehrheit Gnade gegenüber dem radikalen Juraster und Agitator Josthain. — Heute wurde die Regierung von Neuchâtel neu bestellt und die konservativen Elemente daraus entfernt, ob zum Nutzen des Landes wird sich zeigen. An ihrer Spitze bleibt der rastlos thätige und umsichtige Plaget. Auch die Vertretung im Ständerath wurde geändert und an diese in eigenhändiger Beziehung sehr wichtigen Stellen Aimé Humbert, gewesener Gesandter in Japan, und Eugen Borel, neugewählter Staatsrath und Ueberreger im schweizerischen Nationalrath, ernannt. — Das Sechs-Millionen-Ulehen der schweizerischen Westbahn ist gedeckt, und das Defizit, welches den Besitzern der Obligationen das erste Pfandrecht auf die Bahn ertheilt, vom Großen Rath genehmigt. Die auf 270 Fr. gefallenen Obligationen von 400 Fr., einzahlbar zu 500 Fr., sind daher in raschem Steigen begriffen. — Das Geneser Nationaltheater hat beide Parteien im höchsten Grade befriedigt, indem sich die Bevölkerung wie die Führer endlich einmal als Glieder einer Familie, als Brüder betrachteten und behandelten. Nur das Organ und die Schleppträger Fazy's sind unzufrieden, verschluckten aber kluger Weise ihren Groll. — Bekanntlich haben mehrere Kantonsregierungen und Eisenbahn-Gesellschaften neue Pläne und Berechnungen über eine Gotthardbahn anfertigen lassen. Diese liegen nun gedruckt vor von den Hh. Beckh und Gerwig, und geben dem Gotthard wegen geringerer Höhe und größerer Kürze den Vorzug vor dem Lukmanier, obgleich jener zu 109, dieser nur zu 103 Mill. angeschlagen wird.

**Bern, 5. Juni.** Das politische Departement der Eidgenossenschaft beantragt bei dem Bundesrath in ausführlichem Bericht die Revision der Bundesverfassung in mehreren Artikeln.

### Italien.

**Rom, 1. Juni.** (Allg. Ztg.) Man versichert, daß ein Brief des Hrn. Vegezzi hier angelangt sei, worin er seine baldige Rückkehr ankündigt. Die Verzögerung seiner Anstunft gründet sich auf die Schwierigkeiten, welche über die Eidesformel der Bischöfe erhoben wurden. Mehrere Vorschläge der italienischen Regierung wurden verworfen, bis man sich im Wesentlichen zu der jetzigen Formel verständigte, welche ungefähr so lautet soll: „Ich schwöre Treue dem Papst in den kirchlichen Dingen, Treue dem König und dem Staat in bürgerlichen Angelegenheiten.“ Es wird dann nur noch die Aufgabe Vegezzi's sein, über die freilich ebenfalls sehr heikle Angelegenheit der Verminderung der italienischen Bischöfer zu verhandeln. Der Papst soll sich nicht ganz un-

nachgiebig zeigen, sucht aber natürlich so viel Disziplin als möglich zu retten, ohne selbst läugnen zu können, daß 229 für Italien zu viel sind. Im Uebrigen ist die Verständigung ziemlich vollkommen erreicht. Der Papst wird die Bischöfe ernennen, indem er in dem Akte der Ernennung ausdrücklich der Präsentation durch König Viktor Emanuel Erwähnung thut. Dieses System wird auch auf die Marken und Umbrien angewendet; die Namen der Auszuwählenden sollen vom Papst zuerst dem König mitgetheilt werden, und dieser hätte dann das Recht des Veto gegen mißliebige Persönlichkeiten. In Betreff der Rückkehr der verbannten Bischöfe wurde bestimmt, daß dieselben zurückberufen werden sollen, insoweit dadurch keine Störung des öffentlichen Friedens zu erwarten ist. Dies ist im Allgemeinen der Stand der Unterhandlungen, wie er aus verschiedenen Gerüchten nach eingehender Prüfung sich ergeben dürfte.

\* **Rom, 4. Juni.** Das „Journ. des Deb.“ bringt in einem Korrespondenzartikel bemerkenswerthe Aufklärungen über die Lage der Dinge in Rom.

Die Angelegenheit Vegezzi's — schreibt man dem genannten Blatt — geht, trotz der zeitweiligen Abwesenheit des Hrn. Vegezzi, ihren ruhigen Gang fort und wird, wie es scheint, zu einem günstigen Erfolg führen. Freilich mangelt es nicht an Intriguen gegen das Zustandekommen eines Vergleichs, aber dennoch wagt man es nicht, den verböthlichen Ansichten des heil. Vaters entgegen zu treten, der keinen unnützen Schritt gehen haben will, und der sehr deutlich seinen Wunsch ausgesprochen haben soll, mit Italien über die schwedische Frage einen Vergleich abzuschließen. Man kann die valanten Bischöfe eben nicht beifolgend undersetzen lassen. Diese Betrachtungen werden wahrscheinlich den Vatikan zu einer Kapitulation führen, welche er früher zurückgewiesen haben würde, und die Freunde Italiens, die während eines Augenblicks befürchten durften, daß seine Regierung auf dem schlüpfrigen Abhang der Zugeständnisse somgerissen würde, werden sich beruhigen, wenn sie sehen, daß ihre Unterthänigkeit gegen den heil. Stuhl in keiner Weise die nationale Empfindlichkeit verletzt, daß sie weder die Sorge für die Würde, noch irgend eine ihrer Pflichten vergißt, daß sie mit Festigkeit ihre Rechte und ihre Vorrechte aufrecht hält, endlich, daß sie keineswegs auf ihr Programm, Rom als Hauptstadt, verzichtet. Heute sind die Rollen vollständig gewechselt. Es ist nicht mehr Italien, welches vergebens an die Thür des Vatikans klopfte, die hartnäckig verschlossen blieb. Der Papst ist's, der dem Kabinet von Florenz Vorschläge macht, die dasselbe mit großer Bereitwilligkeit aufnimmt, mit Weisheit abwägt, mit Redlichkeit und Höflichkeit erörtert, ohne Leidenschaft und ohne Schwäche. Das ist das bis zum heutigen Tag erreichte Resultat, welches man ohne Widerspruch dem Vertrag vom 15. Sept. zuschreiben muß.

**Neapel, 31. Mai.** (Köln. Ztg.) Die kürzlich gemeldeten Exzesse beim Anzug einer Prozession, sowie die darauf folgenden Demonstrationenprozessionen der mit der Geistlichkeit Hand in Hand gehenden Bourbonisten haben dem Gemeinderath Veranlassung gegeben, alle ferneren öffentlichen Aufzüge dieser Art, sowie die Schellenbegleitung des h. Sakraments bei Gelegenheit der letzten Trospendungen zu untersagen. Diese Maßregel wird bei dem Pöbel, sowie bei den Frommgesinnten ein Stein des Anstoßes werden, doch ohne weitere Folgen bleiben, sowie früher die Abnahme aller Heiligenbilder an den Straßen ruhig bemerkt worden ist. Zu nicht besonderer Erbauung derselben Klasse fand am verfloffenen Sonntag die Einweihung der protestantischen Kirche der deutsch-französischen Gemeinde im Beisein des Präfecten, des Oberbürgermeisters und anderer Notabilitäten statt. Auch viele andere Italiener wohnten der Feier bei. Je länger die Unterhandlungen mit dem römischen Hof in der Schwebe sind, desto entschiedener zeigt sich die öffentliche Meinung jeglicher Konfession abhold. — Dem von der Bande Giardullo gefangenen Engländer sollte gestern gegen Auszahlung der Summe von 25,000 Dufaten die Freiheit wieder gegeben werden. Die Briganten hatten anfänglich geglaubt, einen reichen Lord in Händen zu haben, und verlangten nichts weniger als 50,000 Dufaten. Der englische Konsul, der sich das Schicksal seines Schutzbefohlenen recht angelegen sein ließ, soll von der englischen Regierung den Auftrag erhalten haben, die zur Befreiung des Gefangenen nöthige Summe auszusahlen. Dieser wandte sich, wie erzählt wird, an die italienischen Behörden, die auf Anweisung des Ministeriums nicht allein die Auszahlung des Lösegeldes gestatteten, sondern auch sich selbst zur Zurückerstattung desselben bereit erboten. Die englische Regierung soll jedoch das Anerbieten nicht angenommen haben. Ein englisches Kriegsschiff kreuzt während dieser Zeit in den Gewässern von Salerno.

### Frankreich.

\* **Paris, 7. Juni.** Nachrichten aus Algier vom 3. d. M. melden, daß der Kaiser in Constantine eine große Anzahl arabischer Häuptlinge zum Frühstück eingeladen hat. Der Kaiser sagte diesen Häuptlingen, daß er wünsche, die Araber durch Arbeit und Unterricht dazu geeignet zu sehen, alle Memter zu bekleiden, zu denen die Franzosen berufen sind, und daß er wünsche, daß in der Armee jeder Einzelne durch seine Dienste und seinen Verstand zu den höchsten Graden gelangen könne. Se. Maj. besuchte das Lager der Spahis, wo ihm eine sehr warme Huldigung gebracht wurde. Auf der Reise von Batna nach Biskra nahm der Kaiser ein arabisches Diner an, welches ihm von vier Stämmen der Beni-Sana angeboten wurde. Auf das Fest folgte eine brillante Fantasia. Der Kaiser bewunderte die Baummollen-Pflanzungen des Hrn. Dufour, die 250 Hektaren einnehmen und zahlreiche Eingeborne beschäftigen. Die Stämme aus der Sahara waren von sehr fern herbeigekommen, um den Kaiser zu begrüßen. Die Menge der Reiter folgte dem kaiserl. Auszug. Triumphbögen aus Zweigen der Baummollenstauden und aus Palmblättern waren bei der ersten Dase errichtet worden. Man bemerkte auf dem Wege Gruppen eingeborner Frauen, die nicht verschleiert und reich geschmückt waren.

Der Tag der Rückkehr des Kaisers nach Paris ist noch nicht offiziell bekannt gemacht, doch glaubt man, Se. Maj. werde frühestens am 12. hier eintreffen.

In der gestrigen Sitzung des Gesetgeb. Körpers er-

griff Thiers, wie er angekündigt, das Wort, um auf die Rede des Berichterstatters Duin zu antworten. Ein ungewöhnlicher Zubrang höherr. Publikums, namentlich der Damenwelt, hatte heute stattgefunden. Thiers hält alle seine früheren Angaben, namentlich die Zahlen anrecht. Seine Rede war nach 3 Uhr noch nicht zu Ende. — Gestern erschien Graf Lagrange, der Besitzer des berühmten „Gabiatur“ und gleichzeitig Abgeordneter, zum ersten Mal seit seinem Siege von Espom wieder in der Kammer. Bei seinem Eintritt erhob sich beinahe die ganze Versammlung und brachte dem trefflichen Vertreter der französischen Pferdezeitung eine stürmische Ovation dar.

Der „Moniteur“ gibt einen ziemlich ausführlichen Bericht über das jüngste Auftreten des Hrn. v. Bis marck in dem preussischen Abgeordnetenhaus, und theilt außerdem noch in einer aus Frankfurt datirten Korrespondenz Näheres über den diplomatischen Stand der schleswig-holsteinischen Frage mit, ohne jedoch irgend eine subjektive Anschauung hierüber zu entwickeln. Im Allgemeinen erfahren die Erklärungen des preussischen Ministerpräsidenten von Seiten der französischen Blätter keine besonders günstige Beurtheilung. Am wenigsten Beifall findet der herausfordernde Ton, in den er zuletzt versiel, als das Resultat der Abstimmung ihm nicht mehr zweifelhaft sein konnte.

Nachrichten, die der „Patrie“ aus New-York und Washington zugehen, bestätigen das vollkommene Mißlingen der Werbungen für Merito. Bei Abgang der Korrespondenzen den 22. und 24. Mai soll sich die Zahl der Angeordneten kaum erst auf 500 Mann belaufen haben und aus Geldmangel die Rekrutierung völlig eingestellt worden sein. — Das Lager von Chalons ist in diesem Jahr weniger bedeutend als bisher. Bis jetzt sind erst die 2 Infanteriedivisionen installiert; Kavallerie und Artillerie werden erst Mitte des Monats eintreffen. Marschall Niel ist noch in Wichy. — Börse ansehnlich fest bei jedoch gänzlicher Geschäftstill. Rente 67.50, Cred. mob. 788.75, ital. Anl. 66.95.

**Paris, 7. Juni.** (Fr. Z.) Auf Wunsch des Kaisers wird Prinz Napoleon dem in nächster Woche hier zurück-erwarteten Kaiser entgegenreisen.

### Donaufürstenthümer.

**Bukarest, 4. Juni.** Fürst Cusa ist nach Galacz abgereist; seine Mutter ist dabeibst geblieben. — Die Einführung des Tabakmonopols soll nach einer Regierungsvorlage vorläufig bis 1. Mai 1866 verschoben werden.

**Bukarest, 6. Juni.** Die Adoption des Prinzen Alexander ist der hohen Pforte und den Schutzmächten notifizirt worden. Rußland und die Pforte protestiren gegen den Titel eines Prinzen (Beisaden).

### Amerika.

**New-York, 25. Mai.** Die Proklamtion des Präsidenten Johnson, welche die südlichen Häfen dem Verkehr erschließt, lautet:

In Erwägung, daß durch die Proklamtion des Präsidenten vom 11. April gewisse darin bezeichnete, vorher der Blockade unterworfen gewesene Häfen zu Zwecken der öffentlichen Sicherheit in Gemäßheit einer früheren besondern Gesetgebung des Kongresses als geschlossen für den fremden Handel erklärt wurden auf so lange Zeit, als die Nation es verlange, die ihren Willen später auszudrücken, und den der Präsident kund zu thun habe; und in Erwägung, daß seitdem Ereignisse und Umstände eingetreten sind, welche es meines Erachtens als zweckmäßig erscheinen lassen, besagte Beschränkung mit Ausnahme der zum Staat Texas gehörigen Häfen Galveston, La Salle, Brazos de Santiago, Point Isabel und Brownsville aufzuheben, wird hiermit kund und zu wissen gethan, daß ich, Andrew Johnson, Präsident der vereinigten Staaten von Amerika, die besagten Häfen mit Ausnahme der genannten dem auswärtigen Handel vom 1. Juli an sich erschlossen erkläre, und daß der Handelsverkehr mit den besagten Häfen von jenem Zeitpunkt an den Gesetzen der Vereinigten Staaten und den etwaigen Regulationen des Schatzsekretärs gemäß gepflogen werden kann. Wenn jedoch irgend ein Schiff aus einem fremden Hafen in einen der vorerwähnten ausgenommenen Häfen des Staates Texas einläuft, so verfällt es den durch die Kongressakte vom 13. Juli 1861 verhängten Strafen, und die an Bord befindlichen Personen verfallen den Strafen, welche den Kriegsgesetzen gemäß auf dem Handel mit dem Feind oder auf dem Versuch, mit ihm zu handeln, stehen. Ich, Andrew Johnson, Präsident der vereinigten Staaten Amerika's, erkläre hiermit und thue kund, daß die vereinigten Staaten Amerika's hinfür keinen Personen, die in Verletzung der Gesetze der Vereinigten Staaten in irgend einem dieser Staaten Handel treiben oder Handel zu treiben versuchen, unter irgend welchem Vorwand die Rechte und Privilegien von Kriegsführenden zuerkennt, und ich zeige an, daß vom Datum dieser Proklamtion an alle solche Gesetzesübertreter als Piraten betrachtet und behandelt werden sollen. Es wird außerdem verfügt, daß alle dem Handel bisher in dem fälligen vom Mississippi gelegenen Gebiet der Vereinigten Staaten auferlegten Beschränkungen mit Ausnahme derer, welche sich auf Kriegszentren, auf den Vorbehalt der Rechte der Vereinigten Staaten, auf das im Gebiet eines Feindes gekaufte Eigentum und auf die 25 Proz. von Baumwoll-Ankäufen beziehen, aufgehoben sind. Alle Bestimmungen des die inneren Revenuen betreffenden Gesetzes werden durch den betreffenden Beamten zur Ausführung gebracht werden. Zum Zeugniß davon ic. — Washington, 22. Mai. — Andrew Johnson, Präsident. W. Hunter, stellvertretender Staatssekretär.

\* **New-York, 27. Mai.** Die große Truppenparade eines Theils der Potomac-Armee, welche am 23. d. M. in Washington stattgefunden hat, war ein glänzendes Schauspiel. Es war wohl die größte, die je auf dem amerikanischen Festland gesehen worden ist. 70,000 Mann aller Waffengattungen besetzten vor dem Präsidenten und den höchsten Würdenträgern der Republik vorüber, und dieser Vorbeimarsch nahm nicht weniger denn 6 Stunden in Anspruch. Die Soldaten, die ihre besten Uniformstücke angelegt hatten, sahen recht schmuck aus; die Gleichförmigkeit der Adjutirung (Dunkelblau, lichtblau und dunkelgrau) wurde durch ein eingeschobenes Juavensbataillon nur für wenige Minuten unterbrochen. An Fahnen war Ueberfluß vorhan-

den, an nagelneuen, mit goldenen Sternen gezierten, sowie an alten, zerfetzten und verschossenen, die manche blutige Schlacht mitgemacht hatten. Die meisten derselben waren mit Kränzen geschmückt und Blumen staken in vielen Mänteln. Wenn eine Division vor der Plattform, von welcher aus der Präsident, General Grant und die übrigen hohen Würdenträger dem Schauspiel zusahen, vorübermarschiert war, nahm der betreffende Divisionskommandeur ebenfalls Platz auf dieser Plattform, die allmählig überfüllt wurde. Die Revue von Sherman's Armee fand am darauffolgenden Tage statt. Der Jubel und die Begeisterung des Publikums an beiden Tagen waren außerordentlich. Nur die armen Reiter waren unzufrieden, denn die farbigen Soldaten waren von beiden Revuen ausgeschlossen worden.

Der gut-unionistisch gesinnte Korrespondent der „Daily News“ schreibt aus New-York vom 20. Mai: Bisher ist beim großen Prozeß nichts vorgekommen, was beweise, daß irgend ein Mitglied der südstaatlichen Regierung schuldiger Mitwisser der Mordverschwörung gewesen sei. Von dem Plane, die Haupt der Unionregierung zu entführen oder umzubringen, war in der südstaatlichen Armee erwiesenermaßen zwar viel und offen gesprochen worden, doch liegt kein Beweis vor, daß dahinter mehr als bloßes Lagergeschwätz gesteckt habe, und daß es von irgend einer verantwortlichen Person ausgegangen oder angeregt worden sei. Beale's und Kennedy's Instruktion waren bloß allgemein gehalten, sie sollten im Norden möglichst viel Unheil anrichten, Dörfer plündern, Städte verbrennen, Schiffe abfassen, und Eisenbahnen zerstören, kurz Alles thun, um dem Norden die Fortführung des Krieges zu verhindern. Beal und Kennedy haben ihre Vollständigkeit mit dem Tode gebüßt, und vergebens beriefen sie sich auf ihre von Davis erhaltenen Offizierspatente. Durch diese dachte Davis sie zu schützen; daß er aber um den Mordanschlag auf Lincoln gewußt habe, bleibt noch zu beweisen übrig. Weil der Beweis bis zur Stunde noch nicht vorgelegt wurde, glauben Viele, daß er gar nicht zu beschaffen sei; wogegen die Freunde der Regierung versichern, letztere werde damit im geeigneten Moment hervortreten. Und zwar bestehen, wie sie sagen, die Beweismittel in zwei chiffirten Depeschen, von denen eine bei Booth, die andere im Hause von Davis gefunden wurde. Aus ihnen geht hervor, daß Davis mit 2 jener Personen, von denen ein Mordpreis auf Lincoln's Haupt gesetzt worden war, in Verkehr gestanden habe, daß er um den Mordplan gewußt, und daß er von ihm gebilligt worden sei. Ich meinerseits zweifle an der Richtigkeit dieser Angaben, und mein Zweifel wird bestätigt durch das, wie ich glaube, begründete Gerücht, daß die Regierung die Anklage gegen Davis als Mordverschwörung vorerst fallen lassen und ihm bloß als Hochverräter den Prozeß machen werde.

**New-York, 27. Mai, Morgens. (W. L. V.)** Die Jury entschied, Breckenridge ebenfalls wegen Hochverrats zu richten. Davis soll schwer gefesselt sein. — Der „New-York Herald“ eröffnet eine Subscription für freiwillige Liquidation der Nationalschuld.

**Gold 136, Wechsel per London 150, Bonds 108 1/2, Baumwolle 50.**

**\* Rio de Janeiro, 10. Mai.** Ueber die Zerwürfnisse mit Paraguay spricht sich die Rede, womit der Kaiser die Kammer Session eröffnete, folgendermaßen aus: Der Präsident der Republik Paraguay hat, gegen alle Regeln des internationalen Rechts, das brasilianische Dampfschiff „Marques de Olinda“ wegnehmen lassen, welches sich unter'm Schutze des Friedens nach Mato Grosso begab und den in dieser Provinz ernannten Präsidenten an Bord hatte. Letzterer und noch andere Brasilianer sind noch heute Gefangene.

Die paraguayischen Truppen haben sodann auf eine ganz unstatthafte Weise diese Provinz Mato Grosso eingenommen. Die brasilianische Regierung, seit entschlossen, die Verletzung zu rächen, die der Souveränität und der Nationalität zugesügt worden ist, hat alle in ihrer Macht stehenden Mittel ergriffen, die Armee und die Flotte für den Krieg zu organisieren, zu welchem diese Republik uns herausfordert. Es ist an die Ehre der Nation appelliert worden, und dieselbe hat auf die edelste und würdigste Weise geantwortet; aus allen Theilen des Kaiserreichs strömen Freiwillige herbei, die Ehre des Vaterlandes zu verteidigen.

Die Gerechtigkeit unserer Sache, der Patriotismus der Nation, der Muth unserer Soldaten sichern uns den vollständigen Sieg.

**\* Buenos-Ayres, 28. Apr. (Per Barana.)** Der Krieg mit Paraguay bildet den Mittelpunkt aller Interessen. Der Ausbruch wird von Brasilien und Buenos-Ayres aus folgendermaßen geschildert: Lopez bemächtigte sich ohne Kriegserklärung des Dampfers „Salto“ bei Assuncion, und am Morgen des 13. April fuhr fünf paraguayische Dampfer mit 2500 Mann an Bord vor Corrientes vorbei den Strom hinab, ohne sich der Stadt feindlich zu zeigen. Plötzlich jedoch wendeten sie, und liefen in den Hafen ein, in dem zwei argentinische Dampfer lagen, nahmen diese mit Gewalt, feuerten auf die Mannschaft, die schwimmend ans Land entkommen wollte, und beschossen hierauf auch die Stadt, wodurch einige Frauen und Kinder ums Leben kamen. Drei Stunden später fuhr sie wieder ab, nahmen die argentinischen Schiffe mit, und ließen ein Kanonenboot als Wachtschiff vor dem Hafen zurück. Am folgenden Tag liefen sechs paraguayische Dampfer in den Hafen ein, und setzten 3500 Mann ans Land, welche sich der Stadt ohne Widerstand bemächtigten. Der Gouverneur der Provinz, Signor Lagrana, zog seine Truppen nach Empedrado zurück, und rief alle Bürger von 17 bis 60 Jahren unter die Waffen. St. Roque wurde als Sammelplatz bestimmt, und binnen acht Tagen sollen sich daselbst 8000 Mann zusammengefunden haben, die nur noch das unter General Urquiza stehende, 10,000 Mann starke Kontingent von Entre Rios abwarten, um gegen die Angreifer, deren Stärke 10,000 bis 16,000 Mann betragen soll, vorzurücken. Der Feind hatte mittlerweile (bis zum 21. Apr.) alle am Parana gelegenen Plätze bis zum Dorf Esquina besetzt. In Buenos-Ayres herrschte ob dieser Ereignisse gewaltige Aufregung. Volksmassen zogen vor das Haus des Präsidenten, der zuversichtlich erklärte, in einigen Tagen werde

der Feldzug eröffnet und binnen drei Monaten in der Hauptstadt Paraguays beendet sein. Die Confederation ist unter die Waffen gerufen; am 16. April erließ der Präsident eine förmliche Kriegserklärung gegen Paraguay, und am 19. ließ er allen auswärtigen Gesandten notifizieren, daß die Confederation aus ihrer bisherigen Neutralität heraustrete und den von Paraguay provozierten Krieg annehme. In Rosario wurde das Wappen vom paraguayischen Konsulat durch das wühende Volk herabgerissen, und eine Photographie von Lopez als Zielscheibe auf der Schießstätte aufgestellt.

Aus Montevideo wird vom 29. April geschrieben, daß General Flores und sein Minister des Auswärtigen, als Bevollmächtigter für Uruguay, an Bord des brasilianischen Flaggen Schiffes „Niterohy“ am 27. nach Buenos Ayres abgefahren sei, um einen Allianzvertrag zwischen Brasilien und dem argentinischen Bund gegen Paraguay abzuschließen. Mitre soll gerüchweise das Oberkommando der verbündeten Heere führen. Die gegen Paraguay erlassene Blokadeerklärung Brasiliens ist von allen auswärtigen Gesandten anerkannt worden.

### Oldenburgische Aktenstücke.

**Frankfurt, 6. Juni.** Unter dem Titel: „Wiener Aktenstücke zur schleswig-holsteinischen Successionsfrage, als Nachtrag zu den urkundlichen Beilagen der Begründung der Successionsansprüche Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs Mik. Fr. Peter von Oldenburg auf die Herzogthümer Schleswig-Holstein“ hat die oldenburgische Regierung so eben die mehrerwähnten Aktenstücke aus den Reichskanzlei- und Reichs-Hofrats-Registraturen im Druck erscheinen lassen und wird dieselben demnächst der Bundesversammlung überreichen. Sie zerfallen: A. in Aktenstücke, betr. die kaiserl. Konfirmation des Austausches der Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst gegen den Götterper Anteil des Herzogthums Holstein, aus den Jahren 1773 und 1774, und B. Aktenstücke, betr. die Intervention der regierenden Herzöge von Schleswig-Holstein Königl. und Götterper Linie in dem Prozeß Herzog Johann's des Jüngern von Sonderburg und seiner Nachkommen wider die holsteinische Ritter- und Landchaft wegen verweigerter Huldigung und Fräuleinsteuer, aus dem Jahr 1635. Die Schrift zählt 104 Seiten in 4. Wir entnehmen der „Vorbemerkung“ folgende Stellen:

Die hier abgedruckten Aktenstücke aus den vormaligen Reichskanzlei- und Reichs-Hofrats-Registraturen zu Wien liefern den Beweis, daß die Rechtsansprüche, welche in der am 3. Nov. 1864 der hohen Bundesversammlung übergebenen Denkschrift zur Begründung der Successionsansprüche Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs Nikolaus Friedrich Peter von Oldenburg auf die Herzogthümer Schleswig-Holstein näher entwickelt werden, schon bei bedeutenden Vorgängen des 18. wie des 17. Jahrhunderts von den obersten Reichsbeamten und bezw. dem kaiserl. Hofschloß geltend gemacht sind und die kaiserl. Entschlüsse an ihrem Theil mit bestimmt haben. Es ist dies namentlich der Fall gewesen bei den Verhandlungen, welche in den Jahren 1773 und 1774 am kaiserl. Hof über die Konfirmation des Austausches der Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst gegen den Götterper Anteil des Herzogthums Holstein stattfanden. Die bei dem Abschluß des Tauschvertrages nicht hinzugezogene schwedische Linie des Götterper Hauses verwarf ihre Rechte und erhielt ein kaiserl. decretum salvatorium. Obwohl nun deren Rechtsverwahrung im Allgemeinen zu einer Prüfung der Frage Anlaß bot, inwiefern die von den Kontrahenten des Tauschvertrages beabsichtigte immemoriale Dauer der beiderseitigen Sessionen, und mithin auch deren kaiserl. Konfirmation, durch agnatische Konjunkte bedingt sei, so kam doch irgend welcher Vorbehalt wegen eventueller Rechtssache der Sonderburger (jetzt oft sog. jüngeren königlichen) Linie nicht in Frage, und zwar nicht etwa bloß deshalb, weil von Seiten dieser Linie Rechtsverwahrung eingelegt war, sondern weil an maßgebender Stelle ohnehin die Ansicht obwaltete, daß den Sonderburger Herzögen erst nach dem etwaigen Abgang des Mannstammes beider kontrahierenden Linien, der Götterper und der königlichen, eventuelle Successionsrechte zuzuschreiben würden. In anderer Berechnung machte sich bei denselben Verhandlungen am kaiserl. Hof die Erwägung geltend, daß die älteste Götterper Linie durch die Session der bisher innegehabten Reichslände nicht völlig aus dem Lebenskreis ausschide, sondern die abgetretenen Besitzrechte wieder in Anspruch nehmen könne, sobald der Mannstamm derjenigen Linie, zu deren Gunsten die Session geschah, erlöschen sollte.

Bezüglich der unter B. enthaltenen Aktenstücke heißt es in der Vorrede:

Ferner hat der Prozeß, welchen Herzog Johann der Jüngere von Sonderburg und demnächst dessen Nachkommen im 17. Jahrhundert wider die holsteinische Ritter- und Landchaft wegen verweigerter Huldigung und Fräuleinsteuer führten, in Folge der Intervention der regierenden Herzöge königlicher und Götterper Linie dem Reichs-Hofrat Anlaß gegeben, diese beiden Linien als solidarische Mitbesitzer des Herzogthums Holstein mit Ausschluß der abgetheilten Sonderburger Linie auf das ausdrückliche anzuerkennen. Das unterm 31. Juli 1655 beschlossene Gutachten an den Kaiser, worin diese Anerkennung enthalten ist, bildet aber insofern das Ende des gedachten Prozeßes, als die Sonderburger Herzöge, wiederholten Ansehens unerachtet, später eine Erneuerung des Mandats an die Ritter- und Landchaft und eine Vollstreckung des wider dieselbe unterm 27. März 1634 abgegebenen Straferkenntnisses nicht haben erlangen können.

### Vermischte Nachrichten.

**München, 4. Juni.** Das Ministerium des Innern hat dem hiesigen Polenkomitee 3000 fl. zuzulassen (dem Fonds für Heimatlose entnommen), um den sich hier aufhaltenden Polen die Weiterreise zu ermöglichen.

**Schweinfurt, 3. Juni.** Das hiesige Tagblatt enthält eine „öffentliche Erklärung“, welche die Unterschrift führt: „Die sämtlichen Wahlmänner der Stadt Schweinfurt“. Es wird darin gesagt, wie peinlich die Wahlmänner durch die Haltung Dr. Ruland's (ber im Bezirk Schweinfurt gewählt wurde) in der Amnestiefrage berührt worden seien. Zugleich wird bemerkt, daß sich die Wahlmänner der Stadt Schweinfurt frei und unbefangelt an der Wahl des Hrn. Dr. Ruland in Schweinfurt wüßten, einer Wahl, welche zu verhindern sie als Minorität leider nicht in der Lage gewesen wären.

**Burg, 5. Juni.** Dem Vernehmen nach wird die Rür-

Berg-Würzburger Bahnlinie am 20. Juni dem Verkehr übergeben werden. Die Emsbüchener Brücke hat sich gut bewährt, seit 5 Monaten war keinerlei Veränderung an derselben wahrzunehmen.

**Leipzig, 4. Juni. (S. M.)** Die Arbeitseinstellung der Buchdrucker ist als beendet anzusehen. Heute werden sich die aus der Arbeit getretenen und 9 Wochen arbeitslos verbliebenen Gesellen noch einmal versammeln, um den von den Prinzipalen gebotenen Tarif anzunehmen. Die Teubner'sche Druckerei hat bereits seit Samstag die mündliche und schriftliche Anmeldung aller ihrer alten Arbeiter zum Wiedereintritt erhalten. — Die Stadt ist seit gestern mit den deutschen, sächsischen und den Stadtfarben hübsch geschmückt; bereits trafen einzelne Gäste zur Lehrerversammlung ein, der Hauptzug wird heute stattfinden. Erst vorgestern wurde der Verfall einer Kirche bewilligt, und zwar mußte dazu an die Genehmigung des Ministeriums recurriert werden. Man gab nur die unansehnliche Neufirche dazu her.

**Furin, 4. Juni. (S. M.)** Dante's Gebeine wurden in Gegenwart des Syndikus Grafen Rusconi und der Gemeindefunktion von Ravenna von zwei Ärzten gezählt und zusammengefügt, und es stellte sich heraus, daß nur wenige und unbedeutende fehlten. Das Gebeine des geistig so riesengroßen Mannes hat eine Länge von nur einem Meter und 55 Centimeter. Die Gebeine wurden wieder in die Kiste gebracht, in der sie gefunden worden waren, diese in einen andern mit einem Schloß versehenen Sarg gebracht, dieser letztere schließlich mit einer seidenen Schnur umschürt und diese mit vier rothen und vier schwarzen, mit dem Stadtwappen von Ravenna gezierten Seiegeln geschlossen. Ein hierüber gefertigter Notariatsakt sammt dem Schlüssel zum Sarg wurden in dem Archiv von Ravenna niedergelegt, der Sarg aber wieder in seine ursprüngliche Gruft in dem Dante-Mausoleum gebracht.

Wie man aus Madrid vernimmt, geht die spanische Regierung mit dem Plan um, im nächsten Jahr eine nationale Gewerbeausstellung gleichsam als Vorbereitung für die im Jahr 1867 in Paris stattfindende Weltausstellung zu veranstalten.

**Karlsruhe, 6. Juni. (Groß. Verwaltungs-Gerichtshof.)** In dem ersten heute verhandelten Fall handelte es sich um die Kapitalsteuerpflicht der Frau v. B., welche durch Hrn. Anwalt Kufel vertreten war. Als Vertreter des Staatsinteresses war Hr. Finanzrath Krefurt erschienen. Die von ihrem Ehemann faktisch getrennt lebende Frau v. B. hat nach dem Ehevertrag von 1816 und nach einem Vergleich vom Jahr 1835 von ihrem Ehemann eine jährliche Rente von 4000 fl. zu fordern; auch haben ihr Erbansprüche für Vorzins, im Betrag von 56,000 fl., zu. Sowohl die Pflicht zur Zahlung der jährlichen Rente, als auch die Verbindlichkeit zur Verzinsung und allmählichen Heimzahlung der Kapitalsumme von 56,000 fl. übernahm durch Vermögensübergabevertrag vom Jahr 1850 der Sohn, gegen welchen auch im Jahr 1859 ein rechtskräftig gewordenes amtsgerichtliches Erkenntnis erging, wodurch er zur Erfüllung dieser Verbindlichkeiten für schuldig erklärt wurde. Im Jahr 1862 schloß derselbe mit seiner Frau Mutter einen Vertrag, wodurch an die Stelle der Verzinsung und Heimzahlung der Kapitalsumme von 56,000 fl. die Zahlung einer jährlichen Leibrente von 2000 fl. und nach dem Tode der Mutter die Gründung einer Familienstiftung gesetzt wurde. Mit diesem Rentenvertrag, bezw. mit der verzinslichen Kapitalforderung wurde die Frau v. B. zur Kapitalsteuer beigegeben. Dagegen erhob dieselbe im Februar 1864 Einsprache und verlangte Aufhebung der gemachten Steueransätze und Rückvergütung der bereits gezahlten Steuern. Dieses Begehren wurde aber durch Erkenntnis der großh. Steuerdirektion als unbegründet zurückgewiesen, wogegen nun der Rekurs an den Verwaltungs-Gerichtshof ergriffen ist. Zur Rechtfertigung desselben suchte der Anwalt der Rekurantin auszuführen, daß es sich hier nicht um einen Rentenvertrag handle, wie ihn das Kapitalsteuer-Gesetz im Auge habe. Die Rente, welche Frau v. B. an seine Ehefrau zu zahlen übernommen habe, sei nichts Anderes, als die Erfüllung der dem Ehemann obliegenden Pflicht, seiner Ehefrau den standesgemäßen Unterhalt zu gewähren. Solche Reichnisse, auch wenn sie in der Form von Jahresrenten gegeben würden, könnten ebensowenig der Kapitalsteuer unterliegen, als die Haushaltungsgelder, welche der Ehefrau wöchentlich oder monatlich gegeben zu werden pflegen. Auch sei das Gesetz offenbar solche Rentenbezüge voraus, welche auf einem wirklichen Schuldverhältnis beruhen. Dies sei aber hier nicht vorhanden, da Eheleute, auch bei einer bewidmeten Ehe, wie sie hier vorliege, wegen der vom Gesetz angenommenen Einheit der Personen und der Interessen nicht als Gläubiger und Schuldner einander gegenüber stehen können. Ebendeshalb könne auch die Ersahforderung der Rekurantin an ihren Ehemann, die zudem unverzinslich sei und erst nach aufgelöster Ehe zur Geltung kommen könne, der Kapitalsteuer nicht unterliegen. Der Umstand, daß längere Zeit hindurch der inzwischen verlebene Sohn die Rente entrichtet habe, ändere an der Natur derselben nichts; der Sohn sei lediglich als Stellvertreter des Vaters zu betrachten. Der Vertreter des Staatsinteresses hielt dem entgegen, das Kapitalsteuer-Gesetz unterwerfe alle Rentengewinne aus Verträgen der Kapitalsteuer, ohne zu unterscheiden, aus welchem Grund und zu welchem Zweck die Rente gereicht werde, und ob die Beträge unter Ehegatten oder unter andern Personen abgeschlossen wurden. Die Behauptung, daß Ehegatten nicht in dem Verhältnis von Gläubiger und Schuldner zu einander stehen können, sei in dieser Allgemeinheit unrichtig. Jedemfalls sei durch die Uebernahme der Verbindlichkeit als einer eigenen Schuld durch den Sohn in Folge der Vermögensübergabe und durch das amtsgerichtliche Urtheil, welches diesen als Schuldner erkläre, eine Rechtswandlung eingetreten. Aus diesem Grund und davon ausgehend, daß es sich in Folge der von der Finanzbehörde geltend gemachten Verzinsung der über 5 Jahre alten Beträge nur um die Zeit handelt, während welcher der Sohn Schuldner war, und daß für die Zeit nach dem Tode des Vaters und für die durch denselben eingetretenen neuen Verhältnisse, welche sich aus dem vorliegenden Material noch nicht übersehen lassen, den Betheiligten überlassen bleibt, ihre Rechtsverhältnisse vor dem Ehegattenrat nach Maßgabe des Art. 22 des Kapitalsteuer-Gesetzes zu wahren, — befähigte auch der Gerichtshof das Erkenntnis der großh. Steuerdirektion. (Schluß folgt.)

### Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
6. Juni.	28° 1,55"	+13,0	R. D.	sch. bew.	heiter, mild
Morgens 7 Uhr	" 1,22"	+17,0	"	klar	Sonnenbl., mild
Mittags 2 "	" 1,20"	+14,0	"	ganzt	trüb, leichter Regn.
Nachts 9 "	"	"	"	"	"

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Krottenlein.

